

Absender
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen-Nr.

0323/2014

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

zur Sitzung:

Jugendhilfeausschuss am 10.09.2014

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.09.2014

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2014 zur
Einrichtung eines Runden Tisches zum
Thema „Weibliche Genitalbeschneidung,,

Inhalt:

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt mit Schreiben vom 17.02.2014, der Rat möge die Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema „Weibliche Genitalbeschneidung“, wie es ihn z.B. schon in Köln, Düsseldorf, Wuppertal und Hagen gibt, beschließen. Der Antrag DR-Nr. 0099/2014 ist als *Anlage* beigelegt.

In der Begründung wird als Ziel genannt „bedrohte Mädchen zu schützen und betroffene Frauen zu unterstützen“...und im Weiteren...“im ersten Schritt sollten im Jugendbereich/ im Gesundheitsbereich Tätige zum Thema aufgeklärt und für den Umgang mit Betroffenen sensibilisiert werden.“

Der Rat hat in seiner Sitzung am 06.03.2014 den Antrag ohne Aussprache zur Beratung an den Jugendhilfeausschuss und zur Entscheidung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen. In der Sitzung des ASSG am 27.03.2014 hat die Verwaltung unter TOP 5 dazu

ausgeführt, dass der Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung gesetzt werde. Die kommende Sitzung ist die erste des in der neunten Wahlperiode zuständigen Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.09.2014.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rheinisch-Bergischen Kreis und auf Bundesebene gibt es Arbeitsbereiche, bei denen das Thema „Weibliche Genitalverstümmelung“ aufgegriffen wird bzw. werden kann.

1. Runder Tisch „Keine häusliche Gewalt“

Beteiligte: Jugendämter, Gleichstellungsbeauftragte, unterschiedliche Beratungsstellen (auch Migrationsdienst, Frauenberatungsstellen) Rechtsanwältinnen, Kinderschutzbund, Vertreterinnen von Krankenhäusern, Schulsozialarbeit, Staatsanwaltschaft Köln.

Inhaltlich befasst sich der Arbeitskreis mit allen Themen zur häuslichen Gewalt. In der Vergangenheit wurden auch Themen, die Migrantinnen betreffen (z.B. Ehrenmorde) bearbeitet und Informationen für Betroffene und Institutionen zur Verfügung gestellt.

2. Frauen helfen Frauen – Projekt: „Gewinn Gesundheit“

Im Jahr 2014 bekommt die Frauenberatung des Vereins Frauen helfen Frauen finanzielle Unterstützung für das Projekt „Gewinn Gesundheit“. Ausgangspunkt des Projektes ist die Erkenntnis, dass Gewalt gegen Frauen große gesundheitliche Auswirkungen für die betroffenen Frauen und deren Kinder hat, der Zusammenhang in vielen Fällen aber unerkannt bleibt.

Ziel des Projektes ist daher die Verknüpfung des medizinischen Bereichs mit Beratungsstellen, damit Ärzte/Ärztinnen:

- Gewalt erkennen, ansprechen und Patientinnen gezielt in Beratungsstellen vermitteln
- gerichtsfeste Dokumentationen erstellen

Darüber hinaus sollen:

- Qualifizierungsangebote für den medizinischen Bereich entwickelt werden
- ein Netzwerk entstehen mit dem Arbeitsschwerpunkt „Keine häusliche Gewalt und Gesundheit“.

Die konstituierende Sitzung ist für den 01.10.2014 geplant.

3. Bundesweites Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Alle Betroffenen und die unterstützenden Organisationen haben die Möglichkeit, das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ Telefonnummer: 08000 116 016 einzuschalten.

Hier kann Beratung und Unterstützung - auch in verschiedenen Sprachen - gegeben werden, indem

- Informationen zu Fachstellen vermittelt werden, die Kenntnisse über die praktizierten Rituale und Abläufe in den verschiedenen Ländern besitzen
- zu Frauenrechtsorganisationen vermittelt wird, die die notwendigen Hintergrundinformationen in den Herkunftsländern abrufen können und Frauen über Schutzmöglichkeiten informieren
- Informationen gegeben werden, was im akuten Notfall zu tun ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Rheinisch-Bergischen Kreis die Strukturen für die

Befassung mit dem Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ bereits heute durch den „Runden Tisch Keine häusliche Gewalt“, das Projekt „Gewinn Gesundheit“ und das bundesweite Hilfetelefon gegeben sind, um das Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ kompetent zu bearbeiten und Informationen in Notfällen zu vermitteln.
Die Einrichtung eines weiteren Runden Tisches ist daher nicht zielführend.